

Gegenstand: Klimaschutz Stadt Speyer

Die Protokollierung der Sitzung erfolgt fortlaufend, weil die Diskussion der einzelnen Punkte ebenfalls ineinandergreifend war. [Die Vorlagen und Präsentationen](#) sind dieser Teilniederschrift beigelegt.

Teil I / Evaluierung Klimaschutzkonzept

In einer umfangreichen [Folienpräsentation](#) referiert Frau Körner zu den Auswirkungen von Klimadaten global und in Rheinland-Pfalz und erläutert sog. „Kippelemente“. Die CO₂-Bilanzierung Speyer basiert wegen Datenverschiebungen auf der Statistik von 2018. Danach wurden Einsparungen durch erneuerbare Energien von ca. 15 % erreicht, was einer Zielverfehlung des 25 %-Ziels bis 2020 entspricht.

Herr Bühring (Geschäftsführer Stadtwerke Speyer GmbH) berichtet über den Stand bei den erneuerbaren Energien. Die SWS haben rund 14 Mio. € für Investitionen in die Technik investiert sowie ca. 30 Mio. € in Windkraftanlagen. Man könnte weiter sein, wenn man alle Möglichkeiten genutzt hätte. Die SWS errichten in Kooperation mit ländlichen Gemeinden Gemeindewindparks in einer eigenständigen Projektentwicklung, ohne die „großen“ Spieler auf dem Energiemarkt. Allerdings musste man Widerstände gegen diese Projekte bereits hautnah erleben. Die Umsetzung einer vollständigen Dekarbonisierung ist essentiell für die Zielerreichung. Die SWS wünschen sich eine noch stärkere Einbindung. Die Fern- und Nahwärmeversorgung sind dabei ein großer Faktor. Ein weiteres Ausbauplan ist vorhanden (auch mit Geothermie, weiterer Versorgung aus Mannheim und eigene Heizkraftleistung).

Zur Maßnahmenumsetzung verweist Frau Körner auf den im Ratsinfosystem hinterlegten Katalog. Dazu gehören auch Radverkehrsmaßnahmen oder die energetische Sanierung an eigenen Gebäuden. Installiert werden Gebäudesensoren zum Wärmeverbrauch in den städtischen Gebäuden; möglich ist auch die Bereitstellung von Dachflächen für Photovoltaik. Von der Fortschreibung der Klimaschutzkooperation mit den SWS verspricht sie sich eine schrittweise Ablösung der bisherigen weichen Faktoren. Allerdings erfordert dies auch die Unterstützung der Politik für Investitionskosten.

Außer den Fahrradparkhäusern wurden fast alle Planungen umgesetzt. Für weitere Schritte sollte man sich nicht zu sehr auf die Industrie versteifen, auf die die Kommune keinen Einfluss nehmen kann, sondern eigene Handlungsspielräume nutzen, z.B. durch eine Solardachsatzung. Sie berichtet aber auch über Hemmnisse, vor allem die personelle Ausstattung.

Frau Heller interessiert sich für die Arbeitsgruppen der Stadt, die in andere Bereiche hineinreichen. Beim Energiecontrolling werden laut Verwaltung die anderen Abteilungen eingeladen. Zu bestimmten Projekten werden eigene Arbeitsgruppen gebildet, die am Ende wieder aufgelöst werden, z.B. beim Stadtumbau Kernstadt-Nord. Die frühere Lenkungsgruppe der Fraktionsvorsitzenden wurde 2015 zu Gunsten des runden Tisches aufgelöst.

Hinsichtlich der Nachfrage wie viele Einkäufe der Stadt ökologisch getätigt werden, wird mitgeteilt, dass eine Arbeitsgruppe nachhaltige Beschaffung unter Leitung von Frau Gehrlein geschaffen wurde. Papier wird seit Jahren nur noch mit dem blauen Umwelt-Engel gekauft. Im digitalen Beschaffungswesen sind faire bzw. nachhaltige Produkte gesondert gekennzeichnet, was die bewusste Entscheidung erleichtert.

In den Kindertagesstätten erfolgt frühkindliche Erziehung über das MRN-Projekt „Kleiner Daumen - große Wirkung“, für das seit Corona aber leider keine Kapazitäten mehr bestehen.

Bezüglich klimaneutraler Bauten der Stadt wird nachgefragt, wie viele Bestandsgebäude optimiert wurden. Laut Frau Körner wurden bisher 2 Gebäude errichtet (Salierschule und KiTa Mäuseburg).

Der Bericht der AG Energiecontrolling wurde bisher im ASBK zur Kenntnis gegeben, so die Vorsitzende. Volatile Verbräuche spiegeln das Nutzerverhalten wider. Darauf muss reagiert werden, z.B. durch die Konzeption Lorawan. Daneben werden in der AG auch die Möglichkeiten der Einführung einer Solardachsatzung diskutiert.

Frau Dr. Mang-Schäfer möchte aus dem ausführlichen Bericht und Maßnahmenkatalog wissen, was abgeschlossen ist und was noch offen. Vom Grundsatz her ist keine Maßnahme abgeschlossen, da es sich um kontinuierliche Prozesse handelt, so die Verwaltung. Eine Vielzahl der Maßnahmen sei unter Kosten-Nutzen-Betrachtung objektiv nicht messbar, z.B. Stadtradeln oder Schulprojekte.

Trotzdem müsste sich nach Auffassung von Frau Dr. Mang-Schäfer feststellen lassen, was die Maßnahmen gebracht haben und was nicht. Dies gelte auch für die Kooperationsziele mit den SWS, z.B. die Umstellung auf LED-Straßenbeleuchtung (Stromverbrauch vorher/nachher). Welches Gesamtziel wird verfolgt und wie bringen uns die einzelnen Maßnahmen dahin? Dies ist laut Verwaltung eher ein Controlling-Ansatz, für den die zur Verfügung stehenden Instrumente nicht ausreichen.

Aufgrund einer akuten Abberufung der Vorsitzenden in den Corona-Krisenstab übernimmt Frau Münch-Weinmann zeitweise die Sitzungsleitung.

Eine Zielerreichung von 15 % ist nach Ansicht von Herrn Dr. Wilke immerhin schon eine Aussage und das Glas damit zu 2/3 voll. Die Frage an die SWS bezüglich der besseren Einbeziehung beantwortet Herr Bühring dahingehend, dass man bei Verkehrskonzepten die Bürger*innen an die Hand nehmen müsse, ebenso bei Gebäudesanierungen.

Die Verständnisfrage von Herrn Oehlmann zur Zusammensetzung der Zielerreichung durch technische Entwicklung beantwortet Frau Körner: diese wurde aus der Klima plus-Bilanz errechnet, der technische Fortschritt sei da noch nicht mit drin und würde on top kommen.

Frau Höchst spricht sich ebenfalls für größtmögliche Unabhängigkeit der Kommunen von großen Energieproduzenten aus, übt aber Kritik daran, dass von Hypothesen als unabdingbare Wahrheiten ausgegangen wird. Es gebe durchaus auch andere wissenschaftliche Ansätze zur Klimaentwicklung durch Erd-Ekliptik oder Polsprung; was ist da geplant? Daneben fragt sie nach Maßnahmen gegen die Umweltverschmutzung durch invasive Arten wie Ambrosia oder den amerikanischen Flusskrebs. Wann wird zudem aufgeforstet, was derzeit exzessiv abgeholzt wurde? Die Entscheider sollten alle Seiten sehen und nicht nur das grüne Geschäftsfeld bedienen.

Die Bekämpfung invasiver Arten ist nach Ansicht der Vorsitzenden Thema der Umweltausschuss zu behandeln. Frau Körner führt aus, es handle sich um ein globales Thema, das auch durch lokales Handeln beeinflussbar ist. Die Sonnenaktivität sei nachweislich seit 50 Jahren rückläufig und die Erd-Temperaturen steigen trotzdem. Die Polkappenschmelze sei definitiv Folge der steigenden Temperaturen und könnte einen Rückgang des Golfstroms zur Folge haben, was für Europa wiederum eine neue Eiszeit zur Folge haben könnte. 97 % der Wissenschaftler sind sich weitgehend einig, dass es vom Menschen gemachte, unmittelbare Einflüsse auf das Klimageschehen gibt und sie glaube denen mehr als den 3 %, die das in Frage stellen.

Frau Höchst führt dazu im Konferenzchat wörtlich aus: *„Glaubensfrage. Klasse. Im Dritten Reich glaubten auch die meisten an Adolf Hitler. Und? Hatten die Recht?“*. Dies führt im Chat zu heftigen Reaktionen.

Herr Lehr kritisiert im Zusammenhang mit Fernwärme die Verträge der SWS mit Mannheim, da es sich dabei um Wärme aus Kohleverstromung handelt. Herr Bühring erwidert, der Kohleausstieg sei beschlossen, auch das GKM Mannheim baut auf regenerative Energieträger (Biomasse) um. Man sollte sich alle Wege offenhalten, auch hinsichtlich Geothermie oder Einsatz von Wasserstoff.

Herr Czerny möchte zu den neue Baugebieten Priesterseminar und Rheinpark wissen, ob es sich dabei tatsächlich um Null-Energie-Häuser handelt. Hinsichtlich der CO₂-Bilanz von Strom merkt er an, dass der Energieverkauf nicht gleichmäßig sei. Dazu fragt er, ob die Stadt 100 % Ökostrom bezieht. Zum Thema Verkehr zeige die Anzahl der Fahrzeuge pro 1.000 EW eine stetige Zunahme, Ziel müsse aber der Ausbau von ÖPNV, Fuß- und Radverkehr sein. Die städtische Stellplatzplanung sei von vorgestern.

Laut Vorsitzender bezieht die Stadtverwaltung ausschließlich Ökostrom für ihre Gebäude. Die Null-Energie-Haus-Vorgabe gilt nur für städtische Neubauten, nicht für private Bauträger, wäre aber über die Bauleitplanung durch den Stadtrat steuerbar. Am Russenweiher wurde aus Kostengründen von einer Passivhaussiedlung abgerückt, da preisgünstiger Wohnraum geschaffen werden soll, was im Passivhaus-Standard wirtschaftlich nicht darstellbar sei. Herr Bühring ergänzt, über städtebauliche Verträge sollte stärkerer Wert auf Eigenversorgung gelegt und das Thema mit Eigentümern des Grundstückes und den Investoren in Einklang gebracht werden. Die SWS liefern inzwischen für alle Bürger*innen Ökostrom, derzeit noch über Zertifikate; künftig wird auswählbar sein, aus welcher Regionalstromanlage man seinen Strom beziehen will. Die benötigte Strommenge wird künftig durch Wärmepumpen und Fahrstrom steigen, Gas wird rückläufig sein.

Die Vorsitzende schlägt eine jährliche Sondersitzung des Stadtrates für Klimaschutz und Nachhaltigkeit vor.

Herr Haupt zieht Vergleiche mit den Horrormeldungen durch die Jahrzehnte, von Ölkrise über diverse Seuchen bis zum Maya-Kalender. Er fragt, wie viel Ideologien man noch braucht, während die Armut im Land zunimmt, weil die Löhne nicht mehr steigen. Er wird von der Vorsitzenden wiederholt zur Tagesordnung gerufen. Der vorübergehende Abbruch der Telefonleitung und anschließende Wiedereinwahlprobleme führen zu Protesten der AfD-Fraktion mit der Anschuldigung der Zensur durch die Verwaltung und einem unerhörten Umgang mit dem Rederecht der Ratsmitglieder.

Frau Dr. Mang-Schäfer bezeichnet es interessant, den Mayakalender mit Pandemien gleichzustellen. Zur Sache fragt sie, wie viele Gebäude denn noch übrig sind und wie weit die Gesamtumsetzung gediehen ist. Die Maßnahmen sind laut Frau Körner im Bericht ausgeführt.

Herr Dr. Wilke erkundigt sich danach, wie die Stadt personell in diesem Zusammenhang aufgestellt ist. Laut Frau Körner ist es derzeit eine Ein-Personen-Veranstaltung; eine für den Quartiersprozess Kernstadt-Nord befristet vorhandene Stelle konnte mangels geeigneter Bewerbungen nicht besetzt werden.

Die Vorsitzende wirft als Sitzungsleitung ein, der interne Konferenz-Chat werde von einer Fraktion laufend für Unterstellungen missbraucht. Sie zitiert den Beitrag von Frau Höchst zum III. Reich, was postwendend wiederholt als Falschzitat die Person betreffend kommentiert wird.

Zwischenzeitlich berichtet Niklas Stocker für den Jugendstadtrat, welche Anforderungen das Jugendvertretungsgremium an den ÖPNV, Fahrradwege, Bodenversiegelung und Grünflächen stellt. Das Referat wird von [einem Folienvortrag](#) begleitet, der dieser Niederschrift beiliegt.

Herr Schneider hat die Abkühlung des örtlichen Stadtklimas in der Diskussion und die Beeinflussung des Kleinklimas durch den Wald bisher vermisst. Der Stadtwald müsse in einigen desolaten Bereichen aufgeforstet werden, insbesondere entlang der Iggelheimer Straße. Aufforstung sei sehr arbeitsintensiv und körperlich anstrengend, weshalb er den dringenden Appell an den Jugendstadtrat richtet, aktive Mithilfe bei den Aufforstungsarbeiten zu leisten. Im Auwald sollte eine Aufforstung durch sog. „Eichenklumpen“ erfolgen; er fragt die zuständige Beigeordnete nach der Umsetzung. Die Antwort wird mit dem Protokoll verschickt, da Frau Münch-Weinmann wegen eines dienstlichen Einsatzes aktuell nicht anwesend ist. ¹⁾

Herr Haupt möchte im Zusammenhang mit dem Vortrag des Jugendstadtrates wissen, wie man all diese Punkte finanzieren möchte. Die Vorsitzende erläutert, dies könne nicht der JSR entscheiden, sondern der Stadtrat in seinen Haushaltsberatungen.

Teil II / Klimaschutzleitbild ([Vorlage Nr. 0615/2021](#))

Frau Körner führt aus, dass die Datenbasis nicht mehr aktuell ist. Wunsch wäre ein anwenderorientiertes Konzept, welche Maßnahme zu welchem Preis umgesetzt werden kann. Die sog. „weichen Faktoren“ sind bisher zu hoch bewertet, außerdem müsste die Bürgerbeteiligung verbessert werden.

Es werden drei Fortschreibungsmöglichkeiten aufgezeigt. Die Verwaltung verweigert sich dabei nicht einem externen Experten. Für das Klimaschutzmanagement stellt sich die Frage der Sinnhaftigkeit der Fortschreibung der bisherigen Form, weil es inzwischen bessere Möglichkeiten gibt. Dazu bedarf es aber des politischen Auftrags und einer Steuerungsgruppe. Sie erläutert die Vorschläge in der Präsentation.

Herr Spirk, durch Technikprobleme ebenfalls ausgebremst, stellt fest, dass die Jugend schon unglaublich viel für den Klimaschutz tut. Er richtet den Appell an alle Speyerer und Speyerinnen, sich dem anzuschließen. Die Einbindung des Bürger*innenrates sollte dabei für optimierte Bürgerbeteiligungen

Frau Dr. Montero Muth sieht Nachholbedarf im Qualitätsmanagement. Es gibt viele Schnittstellen in der Stadt; es gilt, diese zu bündeln und anwendungsfreundlicher zu machen. Die Stadtwerke muss man dabei mehr ins Zentrum holen. An ein externes Büro macht sie ein großes Fragezeichen.

Frau Hofmann richtet ein großes Kompliment an Frau Körner für ihre sehr umfangreiche Vorstellung. Die FDP würde externe Berater durchaus zulassen, sieht aber auch die Stadtwerke als sehr aktiv und fachkundig. Sie regt an, auf übergeordneter Ebene, z.B. dem Städtetag, einen Klimarat zu bilden.

Die CDU hatte aus der Vorlage laut Herrn Dr. Wilke den Eindruck eines schmaleren Wegs, der künftig gegangen werden soll; mit der Stadt als Wandergruppe, die sich vor 10 Jahren auf den Weg für ein besseres Klima gemacht hat und mit Frau Körner und Herrn Bühring als Wanderführer. Ein Auditing sei notwendig. Nach Lektüre der Vorlage stellt man sich die Frage, wozu noch ein Leitbild, wenn man ja schon viel weiter ist. Notwendig sei eine Priorisierung der Maßnahmen. Dazu könnte man die Uni Landau und die Hochschule Birkenfeld mit ins Boot holen.

Herr Haupt wiederholt seine Frage, wie das alles finanziert werden soll und wer daran verdient. Dabei stellt er in den Raum, dass die Stadtwerke GmbH ein gewinnorientiertes Unternehmen ist. Wie will man das den Bürgern verkaufen, wenn die Hauptverantwortlichkeit beim Land liegt? Die Vorsitzende erwidert, die Entscheidung liege beim Stadtrat, wieviel die Gemeinde für lokalen Klimaschutz aufwenden will.

Frau Dr. Mang-Schäfer sieht die Vorlage jetzt viel klarer: eine jährliche Sondersitzung des Rates, die Einbindung der Stadtwerke sowie die Entwicklung eines Leitbildes ähnlich wie bei der Digitalisierung - auf Vorschlag aus der Verwaltung, zu dem unterschiedliche Gremien beraten, kann die SWG mittragen.

Frau Heller führt aus, bei einem „Leitbild“ denkt man an ein „Labor-Dokument“, an dessen Ende nichts steht. Sie fragt sich, wer die Strategieableitung der Ziele festsetzt; da sieht sie Bedarf an einer externen Begleitung. TOP 2 und 3 sind für sie schwierig zu trennen. Die Idee eines Bürger*innenrates wird hier nicht erwähnt, anders als vom Rat ursprünglich beschlossen. Die Frage stelle sich, wie die Bürgerschaft in die Steuerungsgruppe einbezogen wird.

Die Vorsitzende sieht dies eher handlungsbezogen. Das Thema Klimarat auf Städtetagebene würde sie mitnehmen, Frau Körner habe ein hervorragendes Netzwerk auf örtlicher Klimaschutzebene geschaffen. Diese wiederum erklärt, der Begriff „Leitbild“ war vielleicht schlecht gewählt, ihr ging es eigentlich um Konkretisierungen, gemeinsam mit den Stadtwerken. Das Land hat ein entsprechendes Gremium wie den vorgeschlagenen Klimarat, aber auf übergeordneter Ebene, das sich nicht mit lokalen Themen befasst.

Herrn Dr. Wilke erscheint ein Auditing als externe Erfolgskontrolle nach 11 Jahren sinnvoll. 20.000 € sind vielleicht etwas wenig für eine Bestandsaufnahme, die aber nicht jedes Jahr erfolgen sollte. Aber als Draufsicht von außen wäre das durchaus ein wichtiger Aspekt. Herr Rottmann schlägt die „Entwicklung konkreter Handlungsmaßnahmen“ als Beschlussfassung vor.

Frau Körner weist darauf hin, dass ein neues Klimaschutzziel definiert werden muss, da „25 % bis 2020“ ausgelaufen ist. Soll die Zielrichtung allein auf den Energieleitzielen bleiben oder nimmt man andere Aspekte noch mit auf? Auch ein externer Gutachter erwartet von der Kommune ein definiertes Ziel, deswegen auch die Steuerungsgruppe als Verzahnung zur Bürgerbeteiligung. Den Vorschlag eines von der Verwaltung angestoßenen Ziel-Konzeptes wie bei der Digitalisierung könnte sie aber auch mitgehen.

Die Vorsitzende schlägt mit Blick auf den intensiven Austausch im Konferenz-Chat vor, die Beschlussfassung in der nächsten Ratssitzung ausgearbeitet zur Entscheidung zu bringen. Nach ihrer Feststellung besteht größtenteils Einvernehmen mit der Vorlage.

Darüber besteht grundsätzliches Einvernehmen.

Teil III / Bürger*innenrat/Steuerungsgruppe ([Vorlage Nr. 0616/2021](#))

Auch hier empfiehlt die Vorsitzende Beschlussfassung erst in der nächsten Sitzung

Die Verwaltung hat sich intensiv mit der Thematik auseinandergesetzt. Frau Körner sieht darin grundsätzlich keine schlechte Idee, die derzeit aber schichtweg nicht umsetzbar ist, beginnend mit der Basis für eine statistische Zusammensetzung dieses Rates. Ehrenamtliche und andere Interessierte werden dadurch ausgeschlossen. Zu Bedenken sei auch, dass auch kleinteilige Maßnahmen Auswirkungen auf andere Bereiche haben, bei denen die Kenntnisse und Eignungen von „Otto Normalbürger“ oft fehlen. Es ist zu unterscheiden zwischen einer Expertengruppe und Laien. In der aktuellen personellen Ausstattung des Klimaschutzmanagements ist ein solches Gremium nicht darstellbar. Sie erinnert daran, dass der Stadtrat das Volk und dessen gewählte Vertretung sei. Sie würde das Geld für einen Bürger*innenrat (BRR) lieber einsparen und dafür eine externe Moderation einsetzen wollen, z.B. auch durch andere Klimaschutzbeauftragte. So könnte man beispielsweise den Rhein-Hunsrück-Kreis als Impulsgeber einladen.

Frau Heller kritisiert, es sei ein Prüfauftrag im Stadtrat beschlossen worden. Dieser ist dann entsprechend zu informieren, z.B. was die Kosten angeht. Stattdessen wird wieder eine fertige Vorlage der Verwaltung vorgelegt, in der der Bürger*innenrat in zwei Nebensätzen abgehandelt wird. Sie persönlich war der Meinung, eine Steuerungsgruppe Klimaschutz gäbe es schon seit 10 Jahren; stattdessen ist es eine one-woman-Show. Elementarer Unterschied einer Steuerungsgruppe zum Bürger*innenrat ist, andere Kreise demokratisch dazu zu holen. Der Ratsauftrag wird ganz offensichtlich übergangen. Bündnis 90/Die Grünen können daher nicht zustimmen, wenn dazu keine konkreten Informationen erfolgen.

Herr Czerny ergänzt, die Bürger*innen wollen keine Konzepte mehr, sondern dass etwas umgesetzt wird. Daher sei der BRR wichtig. Dieser muss einmal im Monat tagen und jeweils 3 Maßnahmen entscheiden, so sofort umzusetzen sind. Darum kommt man nicht herum.

Die Vorsitzende unterstreicht nochmals, dass die Stadträte/-rätinnen gewählte Bürgerinnen und Bürger ihrer Kommune sind. Von Entscheidungen betroffen sind aber auch immer andere Kreise z.B. die Landwirtschaft. Der Vorschlag von Herrn Czerny ist eine verklärte Vorstellung, denn vor der Umsetzung einer Maßnahme sind die rechtlichen Rahmenbedingungen einzuhalten und formelle Gremienbeschlüsse erforderlich.

Frau Hofmann spricht sich eindeutig für den Vorschlag von Frau Körner aus. Zu den Vorstellungen von Frau Heller äußert sie, man erreiche keine Bürger*innen, die sich nicht beteiligen wollen, auch nicht mit so einem Rat. Die direkte Umsetzung von Beschlüssen des Bürger*innenrates innerhalb von 2 Wochen sei rechtlich nicht haltbar.

Frau Dr. Mang-Schäfer wendet ein, man sollte den Vorschlag nicht von Haus aus kleinreden. Wenn keine Reaktion aus der Bürgerschaft kommt, ist das auch eine Aussage. Wenn sie das Format der Folie zu Grunde legt, handelt es sich auch bei der Steuerungsgruppe um eine mittlere Konferenz, die schwer zu managen sein dürfte.

Frau Trageser-Glaser stimmt dagegen dem Vorschlag von Frau Körner zu. Viele Bürger*innen finden es sicher nicht interessant, per Zufallsauswahl von der Stadt dazu angesprochen werden. Es muss ein Wille zum Engagement da sein. Sie teilt die Einschätzung und Erfahrung der Verwaltung. Erforderlich ist dabei auch Fachwissen und Einarbeitung, ein solches Gremium ist keine Spielwiese, welche nur die Leute spielerisch an die Politik heranführen soll.

Laut Herrn Dr. Wilke war die Antragsformulierung ein mühsames Geschäft. Klimaschutz geht nicht ohne Bevölkerung, das wird auch aus den Unterlagen der Verwaltung deutlich. Manche Leute sind sehr weit weg von der Thematik. Es ist der Versuch, ein Format zu finden, um Menschen repräsentativ für eine begrenzte Zeit einzubinden. Die CDU hatte die klare Erwartungshaltung, dass die Uni das organisiert und dass es dafür auch Fördermittel geben würde. Schade, dass das nicht umgesetzt wurde. Im luftleeren Raum möchte er keine Entscheidung treffen. Er schlägt vor, für die nächste Sitzung Uni-Vertreter einzuladen.

Frau Heller unterstreicht nochmals, dass ein Bürger*innenrat mit Experten und Interessengruppen geführt werden kann, für eine Beratung und Beschlussfassung an den Rat. Zentral ist für die Grünen, Bürger*innen nicht nur „mitzunehmen“, sondern auch in die Verantwortung zu nehmen. Neue Wege der Demokratie sollte man wenigstens versuchen.

Laut Herrn Czerny wurde im Prinzip alles gesagt. Es sollen im BRR keine großen Entscheidungen getroffen werden, sondern nur kleine Dinge wie Begrünungen, Vernetzung der Begrünung oder Lärmschutz. Er stößt auch eine Diskussion um die Qualität des Stadtradelns in Speyer an.

Frau Münch-Weinmann hält, dienstlich bedingt verspätet, [ihr Impulsreferat](#) mit Aspekten des menschengemachten Klimawandels aus einer Fachtagung der Stiftung Demokratie und

Umweltschutz, das als Muster „grün-blau-beige“ entwickelt wurde. Die Folien dazu sind der Niederschrift beigelegt.

Tagesordnungspunkt 5 wird angesichts der fortgeschrittenen Zeit gesondert mit dem Protokoll beantwortet. Ein Teil der Antworten dürfte sich bereits aus der intensiven Sitzungsberatung ergeben haben.

Frau Montero Muth spricht noch die Wurzelkammersysteme für neugepflanzte Bäume an und fragt, ob es für die aktuell verwendeten Treegator-Säcke ein Monitoring gibt. Nach Meinung von Frau Münch-Weinmann sind die Versuche erfolgreich. Sie wird aber nochmals Herrn Schwendy dazu ansprechen und das Thema in den Umweltausschuss mitnehmen. Die Vorsitzende bestätigt, dass Stadtgrün nach anfänglicher Skepsis überzeugt ist. Aus der Grünen-Fraktion kommt der Hinweis, dass die Säcke im Winter abgenommen werden sollten.

Abschließend erfolgt die Verabschiedung von Fabienne Körner mit einem „Nachruf“ der Vorsitzenden. Das Schlusswort bleibt Frau Körner mit einem Rückblick auf 8 bewegte Jahre bei der Stadt. Die Mehrzahl der anwesenden Ratsmitglieder bedankt sich für die Zusammenarbeit und schickt digital viele Glückwünsche im Chat.

Die Vorsitzende bedankt sich für die intensive, konstruktive Diskussion und beendet die Sitzung.

1)

Protokollnotiz zur Ratsniederschrift vom 16.03.2021

***Pflanzung von sog. „Eichenklumpen“ im Auwald;
Nachfrage von Ratsmitglied Schneider.***

Beantwortung durch die Abteilung Umwelt und Forsten:

Zur Wiederherstellung einer natürlichen Hartholzauwe im südlichen Auwald hat sich die kommunale Forstwirtschaft 2015 als mittelfristiges Ziel die Anpflanzung von 50 Eichenklumpen (50 Klumpen à 25 Bäume = 1.250 Eichen) gesetzt. Im Zeitraum 2016-2020 sollten jährlich 10 Eichenklumpen im südlichen Auwald gepflanzt werden.

Diese Maßnahme wurde dem Beirat für Naturschutz im Herbst 2015 vorgestellt und der Umweltausschuss in den Beratungen zum Forstwirtschaftsplan 2016 darüber informiert.

2016 kam es nicht zur Pflanzung der zehn geplanten Eichenklumpen. Dafür wurden in 2017 zwanzig Stück gesetzt. 2018 erfolgte hochwasserbedingt keine Anpflanzungen.

Die fehlenden 30 Klumpen à 25 Bäume = 750 Eichen wurden in der Zwischenzeit gepflanzt.

Gegenstand: BürgerInnenanfrage zum Klimanotstand

Die [Vorlage](#) ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Schriftliche Beantwortung der Bürger*innenanfrage (Originaltext *kursiv*):

Der ausgerufenen Klimanotstand sollte bewirken, dass jeder weitere Stadtratsbeschluss auf seine klimatischen Auswirkungen geprüft wird.

Unsere Fragen dazu:

- *Wurde dies umgesetzt?*
 - Ja, durch die Prüfung und Kennzeichnung jeder Stadtratsvorlage der Verwaltung hinsichtlich der von der Maßnahme betroffenen Nachhaltigkeitsziele. Die Stadtratsfraktionen, die diese Prüfung und Kennzeichnung ursprünglich gefordert und beschlossen haben, ignorieren in ihren Anträgen diese Notwendigkeit allerdings konsequent, genauso wie die Frage nach der Finanzierung bzw. den finanziellen Auswirkungen ihrer Anträge auf den städtischen Haushalt. Die Verwaltung hat mehrfach in Sitzungen des Ältestenrates darauf hingewiesen, allerdings ohne Widerhall.
- *Wenn nein: wieso nicht? Wann soll damit begonnen werden?*

Laut Beschluss muss einmal jährlich ein Bericht vorgelegt werden, der bezüglich der Fortschritte und Schwierigkeiten bei der Reduktion der Emissionen Auskunft gibt. Hier sollten auch die Konsequenzen genannt werden.

Unsere Fragen dazu:

- *Gibt es diesen Bericht für 2020?*
 - Nein.
- *Wenn ja: wurde er veröffentlicht?*

Wenn nein: wann wird es den ersten Bericht geben?

 - Ein Bericht kann, auch bedingt durch den aktuell anstehenden Personalwechsel, frühestens 2022 erstellt werden. Der letzte Statusbericht war im August 2019. Eine CO₂-Bilanzierung ist aufgrund der Verfügbarkeit von Daten (Energieversorger, ÖPNV-Daten, Strompreismix usw.) immer erst mit einem Zeitverzug von mind. 1,5 Jahren im Nachgang möglich. Daher kann in der Ratssitzung am 16.03.2021 nur die Vorstellung der CO₂-Bilanzierung bis 2019 erfolgen.

Ebenso wird im Beschluss festgelegt, dass die städtischen Beteiligungsgesellschaften das Verfahren – Überprüfung von Beschlüssen auf klimatische Auswirkungen – übernehmen müssen und im Stadtrat dazu jährlich berichtet wird.

Unsere Fragen dazu:

- *Ist das der Fall?*
- *Wenn ja: welche Beteiligungsgesellschaften haben das Verfahren eingeführt?*
 - Eine entsprechende Berichterstattung kann nur für Beteiligungsgesellschaften durchgesetzt werden, bei denen die Stadt Speyer die Mehrheitsanteile hält. Die Berichterstattung der 100 % Tochter SWS GmbH erfolgt gemeinsam mit dem Klimaschutzkonzept. Für die Tochter GEWO Wohnen GmbH wird eine Berichterstattung angefordert. Die Tochtergesellschaft WES GmbH ist derzeit nicht aktiv.

- *Wenn nein: wieso nicht? Wann soll das beginnen?*

Ist es richtig, dass der Speyerer Klimaschutzplan an das Pariser Klimaschutzabkommen angepasst werden soll.

Unsere Frage dazu:

- *Ist das passiert?*
- *Wenn nein: wann wird das umgesetzt?*
 - *Einen Masterplan 100 % Klimaschutz gibt es in dieser Form nicht. Es gibt ein Klimaschutzziel mit Klimaschutzkonzept und die Energieleitziele. Bei der Verstärkung des Klimaschutzziels bzw. Erstellung eines neuen Klimaschutzleitbildes wird man sich an den Pariser Klimaschutzzielen und den Klimaschutzzielen der Bundesregierung orientieren.*

19. Sitzung des Stadtrates (Sondersitzung Klimaschutz) der Stadt Speyer am
16.03.2021



19. Sitzung des Stadtrates (Sondersitzung Klimaschutz) 16.03.2021 **Stefanie Seiler**

Hinweis: Diese Seite bitte nicht löschen! Enthält wichtige Seriendruck-Platzhalter für das Gesamtdokument!